

# Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt 1,50 Mark für das Vierteljahr ohne Bringerlohn.

Inserate müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 35 Pfg. für die 8 gespaltene Zeile. Der Betrag ist im voraus zu entrichten.

Nr. 43

Sonntag, den 24. Oktober

1915

## Gefahren des Krieges.

Von sittlichen Wirkungen des Krieges wagen angesichts seiner verheerenden Folgen politisch krankhaft veranlagte Lobprebiger des Krieges zu reden. Verdatterte „Philosophen“ und sonstige „Gelehrte“ erwarten von ihm wohl gar eine starke Erhebung der geistigen Schwungkraft der Nation und stellen hinüberbrannte Mutmaßungen und Berechnungen auf, nach denen die Vorteile des Krieges seine Nachteile weit überwiegen sollen.

Gegen solch freventliche Herausforderung gewalttätiger Vernichtung von Menschenleben und unschätzbaren Kulturarbeit spricht allein schon unsere tägliche Erfahrung über die grauenvolle Verwüstung auf materiellem wie geistigem Gebiete. Schon der laute Jubel über die tödliche Vernichtung ganzer Heere läßt uns einen Blick in die geistige Verfassung jener tun, die ohne das geringste Mitempfinden die Vernichtung lobhudeln. Der Krieg löste eben ihnen eine innere Roheit aus, lehrt also damit schon seine große sittliche Gefahr, denn im Frieden mag sich die Roheit nicht so leicht hervor.

Und die rücksichtslose Ausweitung des eigenen Volkes während der Kriegszeit durch die unberechtigte Preisvermehrung aller Lebensmittel, zeigt sie nicht, wie der Krieg alle Schranken niederreißt, Gesetze unwirksam macht und selbst die Gesetzgebung so beeinflusst, daß sie gegen diese Auswüchse nichts Energischeres zu unternehmen vermag? Ist das nicht auch ein kultureller Rückschlag und Niedergang, der den Aufschwung ganzer Völker hindert? Läßt sich das alles mit nur einem vernünftigen Grunde oder Worte verteidigen? Und das Schlimme ist, daß alle schädlichen Folgen des Krieges noch lange nachwirken werden, daß es schwere Mühe kostet, diese Nachwirkungen abzukürzen. Aber schwerer Schaden bleibt die ewige Folge solcher gewalttätiger Ausbrüche, denn die Menschheit wird behindert, in fröhlicher Arbeit und geistiger Selbstüberwindung solch gewalttätigen Ausbrüche unmöglich zu machen, der Zeitpunkt der Erlösung vor ihnen wird verdrücklich hinausgezogen.

Ganze Generationen werden moralisch und physisch herabgedrückt. In den oberen Schichten des Volkes wird die menschenverachtende Ueberhebung, die Freude am Streit und mutwilligen Niederringen des Gegners, die falsche Erziehung der „goldenen Jugend“ zu eigenmächtigen politischen Plänen, die Verkennung der sozialen Beziehungen im eigenen Volke usw. durch den Krieg gefördert. In den unteren Schichten reißt er mit der familiären Beziehung zugleich die Möglichkeit der Erziehung der Jugend entzwei und überliefert die Jugend ohne jede autoritäre familiäre Leitung allen brutalen Zufälligkeiten, die erschafft. Sich selbst überlassen, verlieren Unzählige den inneren Halt und fallen dem Laster und Verbrechen anheim, in das die Not sie hineintreibt. Das muß von um so schlimmerer Nachwirkung in der Zukunft sein, je länger der Krieg dauert.

Ist einer Generation diese unselige Folge des Krieges nicht erspart geblieben, dann wird auch die kommende noch daran zu leiden haben, besonders wenn der Krieg trotz aller seiner Greuel als eine große nationale Tat kommenden Geschlechtern noch angepriesen wird. Gegenüber dieser Ausartung und moralischen Verwilderung wird es notwendig, bei jeder Gelegenheit die höchsten Ideale der Menschheit eindringlich zu preisen und zu lehren, damit an ihnen die heimgekehrte Gegenwart die Kraft findet, sich zu wehren gegen die Entwürdigung, Mißachtung und Vernichtung des Menschenlebens, damit der Kampf für die schnellste Unschädlichmachung der Folgen des Krieges sofort aufgenommen werden kann.

Wie notwendig das ist, das lehrt uns die vom Vorsitzenden des Berliner Jugendgerichts, Amtsgerichtsrat Böhm, veröffentlichte Statistik für das Jahr 1914. Nach dieser Statistik hatten sich nicht weniger als 1040 Jugendliche, darunter 263 weibliche, vor dem Jugendgericht zu verantworten, wovon nur 96 freigesprochen werden konnten.

Der Krieg leistet eben der Verwahrlosung der Jugend unabweislich Vorwand. Das ergibt sich aus den weiteren Angaben der Statistik. Unter den Angeklagten befanden sich 75 Knaben und 11 Mädchen im Alter von 12 bis 14 Jahren. Der unheilvolle Einfluß der mangelnden elterlichen Aufsicht erhellt aus der Tatsache, daß sich unter den jugendlichen Verwahrlosten 132 Halbwaisen, 23 Ganzwaisen und 53 Kinder befinden, deren Eltern getrennt leben. Vorbestraft waren 141 Beschuldigte, darunter 23 zweimal und 3 drei- und mehrmals. Als Art der Vergehen kommt am meisten Diebstahl und Unterschlagung in Betracht, sie sind allein 575 mal vertreten. Dann folgen Schlägerei, Körperverletzung (28 Fälle!), Hausfriedensbruch, Gewerbsunzucht (90 Fälle!) und widernatürliche Unzucht. Das sind traurige Ergebnisse.

Nach der Ansicht des Vorsitzenden des Jugendgerichts stärkte zwar die allgemeine patriotische Begeisterung die sittliche Haltung der Jugend, aber andererseits bedrohte die durch die Einberufung von Vätern und Vormündern vielfach veranlaßte Aufsichtlosigkeit die jüngeren Kinder. Diese letztere Besorgnis wird mit der Länge des Krieges noch verstärkt. Wie überhaupt die Statistik für das Jahr 1915 wohl noch schwerere Schäden konstatieren wird.

Wir möchten nicht verfehlen, zu behaupten, daß die Verwahrlosung eine noch schlimmere sein würde ohne den sittlichen Einfluß der Arbeiterorganisationen. Gerade den wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter dürften in der Heranziehung der Jugendlichen nicht die geringsten Hemmnisse bereitet werden, da sie die materiellen und sozialen Verhältnisse der Jugend heben. Es ist für die Jugend von hohem Wert, unter welchen Einflüssen sie heranwächst. In den Organisationen ist sie unter dauernder sittlicher Aufsicht, also in guter Hut. Das möchte mehr beherzigt werden. Wie ja die Gewerkschaften ihr gut Teil Arbeit leisten, um allen Gefahren des Krieges zu begegnen.

## Die Probe aufs Exempel.

Es gibt Dinge, die sich ausgezeichnet eignen, mit ihrer Hilfe Menschen auf Herz und Nieren zu prüfen, ob man ihren Worten so vertrauen kann, daß ihre Taten ihren Worten entsprechen werden. Im politischen Leben darf man allerdings nichts weniger als vertrauensselig sein, sondern soll sich nur an Tatsachen halten. Worte sind hier wie der Wind, der vorüberweht, ohne etwas von ihm zu sehen. Besonders in parlamentarischen Angelegenheiten ist Mißtrauen eine Tugend, die nicht genug gewürdigt werden kann. Es wird im Parlament so viel zusammengeschwafelt, daß es auf keine Kuhhaut geht.

Wie das vieldeutige Wort von der „Neuorientierung der inneren Politik“ aufgefaßt werden kann, das hängt ganz von der Kenntnis der Verhältnisse und Personen ab, auf die es angewandt werden soll. In der Regel wird es aber zugunsten einer fortschrittlichen Politik gedeutet. Und doch ist der Redensart kein zierendes oder gar bestimmendes Beiwort beigegeben, so daß nur eigene Wünsche ihr eine solche Ausbeutung geben.

Ob nun wirklich unter der „Neuorientierung der inneren Politik“ eine fortschrittliche verstanden werden kann, das kann man recht schön ausprobieren an der Behandlung zweier Dinge, die nach der fortschrittlichen Seite hin eine Neuorientierung einleiten könnten. Das sind die Änderung des Reichsvereinsgesetzes durch den letzten Reichstag und der bayrische Eisenbahnerstreik. Diese beiden Dinge könnten durch die Regierungen eine Erlebigung finden, durch die das Vertrauen auf eine fortschrittliche Neuorientierung eine Grundlage erhalten könnte. Aber gerade hier hapert's.

Der Bundesrat rührt sich nicht. Er hat in letzter Zeit eine Reihe von Beschlüssen gefaßt, aber die Änderung des Reichsvereinsgesetzes hat seine Zustimmung noch nicht gefunden, obgleich die Sache sehr einfach ist. Der Staatssekretär des Innern, der das Wort von der „Neuorientierung der inneren Politik“ geprägt hat, könnte ihm jetzt einen Inhalt geben, wenn er im Bundesrat die unbedingte Notwendigkeit der Änderung des Reichsvereinsgesetzes auseinandersetzen würde. Wie es scheint, will er seinem Worte jedoch nicht den Inhalt geben, den es mit dieser Empfehlung erhalten würde. Das läßt tief blicken, würde Sabor sagen.

Mit dem bayrischen Eisenbahnerstreik war die bayrische Regierung zu prüfen, ob ihre Anerkennung der gewerkschaftlichen Tätigkeit in der Kriegszeit echt ist und ob sie Neigung hat, die innere Politik zur Befreiung der Gewerkschaften von allen staatlichen Schikanen neu zu orientieren. Im Landtage interpellierte deshalb die sozialdemokratische Fraktion den ultramontanen Ministerpräsidenten v. Hertling, ob er geneigt sei, den Eisenbahnerstreik, der die Eisenbahner ihrer freien Verfügung über ihre Arbeitskraft beraubt, aufzuheben.

Der Minister verschob die Beantwortung der Interpellation und begründete das mit der Mitteilung, es werde eine Eisenbahnkonferenz im Reich stattfinden, in der die Angelegenheit beraten werden, besonders aber erwogen werden soll, wie der Streik beseitigt, jedoch das Streikverbot für Eisenbahner aufrechterhalten werden soll. Gegen diese Ausweichung, die ganz nach der des Staatssekretärs Dr. Delbrück gerichtet ist, hat nun die sozialdemokratische Fraktion im Landtage einen direkten Antrag auf Beseitigung des Streiks gestellt. Ob man den auch verschleppt oder sonstwie abtut, wird man bald sehen. Und doch könnte auch hier bewiesen werden, wie man die Neuorientierung der inneren Politik richten will, ob nach links oder nach rechts.

Wie die Verschiebung der Angelegenheit zu beurteilen ist, das wollen wir an einigen Neußerungen der „Münch. Post“ zeigen, die dazu schreibt:

„Es ist nicht für die Sozialdemokratie Bayerns, wohl aber für alle patientierten Bestürmter des burgfriedlichen Durchhaltens — mehr als beschämend, daß Regierung und Mehrheitspartei die parteipolitische Frage des Streiks nicht in der von aller Welt erwarteten anständigen Form der glatten Beseitigung dieses die Arbeiterverbände entsetzenden und die politische Gleichberechtigung aufhebenden Instrumentes erledigt haben.“

Was jetzt beliebt wird, ist eine Politik der Winkelzüge. Breußen und die übrigen Bundesstaaten haben keine Schuld an dem Streik, den Herr v. Seidlein als Mitglied in die Regierung einbrachte, den er mit aufreizenden Worten noch verteidigte, als die Mobilisierung bereits vor der Tür stand. Und an dem er eigenfremd festhält, weil er offenbar nicht das nötige Gefühl hat für die weittragende Schädigung des politischen Ansehens Bayerns durch die politische Entehrung von Staatsbürgern, die ihre Pflicht in diesem Kriege besser erfüllt haben als manche Stützen der Seidleinschen Ordnung.

Wenn Freunde des Herrn v. Seidlein sich uns gegenüber (schriftlich und mündlich) darauf berufen haben, daß er „oben“ sehr in Eile und ganz im Einklang mit der Krone handle, so bestreiten wir ganz entschieden, daß bei richtiger Information der Krone diese einem Zustand das Wort reden könnte, der den Namen Bayern in dieser kritischen Zeit vor der ganzen Welt in solcher Weise schändet.

Die organisierte Arbeiterschaft aber, so bereitwillig sie ihre vaterländische Pflicht erfüllt hat und noch weiter erfüllen wird, kann hier nicht mit sich markieren lassen. Entweder politische Gleichberechtigung oder rücksichtsloser Kampf um die staatsbürgerlichen Rechte. Das ist gerade eine Partei ist, die den Kulturkampf erlebt hat, die solche Verhältnisse herauszuschmeißt und in einer so ungemein kurzen Zeit sich weigert, eine klare und ehrliche Regelung zuzulassen, ist im Hinblick auf Gegenwart und Zukunft Bayerns von besonders weittragender Bedeutung.“

Nach diesen Neußerungen wird also die sozialdemokratische Fraktion des bayrischen Landtages die Probe aufs Exempel machen, was es mit der Anerkennung der Arbeiterorganisationen und mit der Neuorientierung der inneren Politik für eine Bewandnis hat. Insofern geben also die beiden Angelegenheiten gute Prüffeine ab.

Sollte hüben wie drüben die Sache unter allerhand Ausreden abgetan oder auf die lange Bank geschoben werden, nun, so werden die Arbeiter sich keinen Illusionen hingeben brauchen. Dann werden sie sich, wie die „Münch. Post“ sagt, für den rücksichtslosen Kampf um die staatsbürgerlichen Rechte wappnen müssen.

## Lohnhöhe und Kriegsrente.

Zimmer wieder tritt bei den Unternehmern die Tendenz zutage, den Kriegsverletzten ihre Renten auf den Lohn in Anrechnung zu bringen. Das ist sicher eine offensbare Ungerechtheit, die, wenn sie vom einzelnen Unternehmer verübt wird, schon schärfste Zurückweisung fordert. Anscheinend treffen jetzt aber Unternehmerverbände solche Anweisungen an ihre Mitglieder, wie nachstehender Fall zeigt:

Ein Arbeiter, der im Kriege ein Bein einbüßte und jetzt ein künstliches Bein trägt, übte vor dem Kriege in einer Dresdener Fabrik eine Spezialarbeit aus, für die es bisher nur eine kleine Anzahl Arbeitskräfte gab. Seitdem früheren Arbeitgeber war es sehr lieb, den geübten Arbeiter wieder zu bekommen. Die Firma kam dem Arbeiter in der ersten Zeit mit Entschuldigungen in der Arbeitszeit entgegen, damit sich seine Verkrüppelung erst an die meistens im Stehen ausgeübte Tätigkeit gewöhnen sollte. Schon nach einigen Tagen ergab sich die volle Arbeitsfähigkeit des Arbeiters, wodurch er auch die regelrechte Arbeitszeit einhalten konnte und in der Höhe wie auch in der Menge das volle Arbeitsergebnis wie vor dem Kriege erreichte. Für die Zeit seiner Einrichtung war ihm ein um 11 M. niedrigerer Lohn, als er vor dem Kriege bezogen hatte, angefaßt worden. Während sonst in dieser Fabrik jede Einstellung der Arbeiter von dem zuständigen Betriebsabteilungsleiter vorgenommen wird, wurde dieser im vorliegenden Falle ausgeschaltet und die Verhandlungen über die Wiedereinstellung nur vom Direktor geführt. Dabei wurde dem Arbeiter auch der Militärchein mit dem Rentenvermerk abgefordert. Nach ausdrücklicher Feststellung seiner normalen Leistungen forderte der Arbeiter nun die Zahlung des vollen vor dem Kriege bezogenen Lohnes. Es wurde ihm gesagt, daß darüber nur mit dem Direktor selbst gesprochen werden könnte. Der Arbeiter hatte nun zweimal Auseinandersetzungen mit dem Direktor, der dabei Folgendes sagte: „Wenn Sie 21 M. bekommen, haben Sie mit der Rente 41 M. die Woche, und das ist doch ein schöner Lohn.“ Auf die Frage, was denn die Rente mit dem Lohne zutun habe, es läme doch nur die Arbeitsleistung in Betracht, erklärte der Direktor: „Mein Arbeitgeber wird die Rente auslassen bei der Lohnfestsetzung. Das will der Industriekühverband nicht haben.“ Da der Arbeiter die Rechtmäßigkeit solcher Entlohnung bestritt, erklärte der Direktor: „Der Industriekühverband will es nicht haben, daß zu der Rente auch noch der volle

Lohn bezahlt wird. Ich kann es nicht, ich komme mit dem Industrieverband in Konflikt. Das ist so festgesetzt. Als der Arbeiter sofort feststellte, der Industrieverband verlange also, die Arbeitgeber sollten sich an den Kriegskriegeln bereichern, schenkte der Direktor etwas ein und sagte: „Nun, das will ich nicht sagen. Aber kein Arbeitgeber wird Ihnen den vollen Lohn zahlen, und das muß ich auch so halten.“ Schließlich bot der Direktor 3 M mehr, er wollte 24 M Lohn geben, wobei er bemerkte: „Dann mache ich Sie zum Vorarbeiter, damit ich es verantworten kann.“ Der Hinweis auf den Industrieverband ist bei der Unterredung mehrfach gefallen und zuletzt die Ausrufung: „Ich kann nicht anders, ich gehöre dem Industrieverband an.“ Der Arbeiter bedankte sich für einen solchen Dank an die Vaterlandsverteidiger, er kündigte und hörte wieder auf.

Aus dem Vorgange ergibt sich mit hoher Wahrscheinlichkeit, daß der Industrieverband seinen 5328 angeschlossenen Betrieben die Anweisung gegeben hat, kriegsbeschädigten Arbeitern unter allen Umständen, also auch bei voller Arbeitsfähigkeit, niedrigere Löhne zu zahlen als den andern Arbeitern. Um nicht zu viel solcher Personen in diese Methode einzuschleichen, soll nur der Unternehmer bzw. der oberste Fabrikleiter selbst die beschädigten Arbeiter annehmen und deren Löhne nach der Höhe der Kriegsbeschädigtenrente festsetzen. Um dieses Rentenrechnungsprinzip so gut wie möglich durchzuführen, hat der Industrieverband einen eigenen Arbeitsnachweis für Kriegsbeschädigte errichtet, trotzdem er auch in bürgerlichen Kreisen und bei Staat- und Stadtbehörden damit Verdrossenheit erregte. Das unbedingte Rentenrechnungsprinzip muß jedenfalls von jedem rechtlich und sittlich empfindenden Menschen in jeder Hinsicht als verwerflich angesehen werden. Die Rente soll nicht dem Unternehmertum Extraprofite ermöglichen, sondern in vollem Umfange den Kriegsverletzten zugute kommen, die auf dem Felde ihre gesunden Glieder eingebüßt haben.

Demgegenüber ist das Verlangen durch die durch eine Kriegsverletzung in der Arbeitsfähigkeit Beschränkte, nicht allein nach der militärischen Charge, sondern auch nach seinem bisherigen Lohnneinkommen eine Entschädigung bekommen müßte. Also eine Rentenberechnung analog der in der Unfallversicherung.

### Die Rohabaksteuerung als Steuerquelle.

Wir wissen ja nur zu genau, daß zum Kriegsführen fürchtbar viel Geld gehört und daß es nicht so leicht ist, es anzuschaffen. Doch manchmal muß man sagen, daß dem Reiche ohne irgend welche Anstrengungen anständige Summen zufließen, und zwar gerade infolge des Krieges. Sollte es einmal zu der wünschenswerten Kriegsgewinnsteuer kommen, so wird auch das Reich vielleicht einmal nachzurechnen bereit sein, wie groß die Summe ihrer Kriegsgewinne ist. Als Beispiel gegenüber jenen, die während des Krieges ihr schönes Schäflein scheeren.

Wenn das Reich einheimisch, so darf man auch sofort mit Zug und Recht an den Tabak denken, stattemalen dieser bereits eine Menge Geld liefert und mehr noch liefern soll. Augenblicklich aber, unter dem Kriegs- und Notzustand unseres Landes muß der Tabak noch seinen besonderen Obolus abladen. Und das ist die Schuld der wunderbaren Wertsteuer, mit der man uns 1909 beglückte. Wir und alle Gegner des Wertzolls jagten schon 1909, daß eine solche Art der Besteuerung durchaus ungerecht, schlimmer wie jede andere Besteuerung wirken müsse. Wir sagten damals auch, daß eine solche Steuer gerade den Genuß der ärmeren Leute, d. h. den billigeren Rauch-, Kau- und Schnupftabak, die billigere Zigarre verhältnismäßig am meisten verteuern würde. Hat alles nichts genützt. Die famose Wertsteuer ist Gesetz geworden mit allem ihren Uebeln und merkwürdig, in der deutschen Tabaksteuergebung aber nicht gerade bestrebend, daß ein weiteres Verlangen der Regierung nach mehr Gewinn aus dem Tabak diese Besteuerungsart über Bord werfen wird. Vielleicht! Die Ungerechtigkeit und Unzweckmäßigkeit hätte es nicht gekonnt.

Bestimmlich fordert das Reich vom aus dem Ausland eingeführten Tabak außer dem Zoll einen Steuerbetrag von 40 vom Hundert des Wertes. Das soll insofern gerecht sein, als danach der billigere Tabak weniger belastet ist, da sein Wert ja geringer ist, als der teure. Inwiefern das zutrifft oder nicht, wollen wir heute unerörtert lassen, jedenfalls kann gerade der kapitalistische Großunternehmer einige Nachteile abwenden, was dem kleineren und mittleren Fabrikanten nicht möglich ist. Man wissen wir, daß gegenwärtig gerade der billigere Tabak, jener Tabak, der als Füllmaterial oder zum Schneiden in Frage kommt, außerordentlich teuer bezahlt werden muß. Die holländischen Marktberichte zeigen Preise in solchen Tabaken, die zu den Produktionskosten in keinem Verhältnis stehen, die auch nicht voll zu begründen sind mit den Verfrachtungsschwierigkeiten. Man versteht eben überall die Situation anzunehmen. Zugegeben werden soll auch, daß namentlich mit Rücksicht auf mangelnde Zufuhren von Brasil eine Lamentation eingetreten ist. Es kommt aber auch schließlich nicht darauf an, ob aus guten und sonst üblichen Gründen diese Preissteigerung verteidigt werden kann, sie ist unter allen Umständen eine Folge des Krieges. Gewiß ist man seitens der Produzenten und des Handels auch in Friedenszeiten bestrebt, die Preise hinauszutreiben, und die Holländer wissen die z. B. für helle Decktabake bezahlten Phantastikpreise recht gut zu schätzen. Immerhin kommen hohe Decktabakpreise nicht so sehr bei der Preisermessung des Fabrikats in Betracht, als es bei stark begehrten Preisen für Einlagetabake der Fall ist, da eben zur Herstellung von tausend Zigarren ein bedeutend kleineres Quantum Decktabak erforderlich ist, so daß die Preissteigerung auf das Tausend immer noch geringer ist, als wenn der Einlagepreis, wie z. B. gegenwärtig, sich verdoppelt. Man konnte sich sonst, ohne dem Gewerbe Schaden zuzufügen, auch sehr wohl ohne die helle Deckblattfarbe behelfen und brauchte deshalb weder die Phantastikpreise noch die hohe Wertsteuer dafür zu zahlen, aber ohne genügendes und entsprechendes Füllmaterial kommen wir mit dem besten Willen nicht aus. So muß denn wohl oder übel auch der jetzt geforderte hohe Preis dafür gezahlt werden.

Nun hören und lesen wir, daß der Preis für Füllmaterial auf dem holländischen Markt um das Doppelte und mehr gestiegen ist. Von dieser Preissteigerung zieht die Reichsregierung nun ihre besondere Einnahme; sie nutzt durch die Wertsteuer die durch den Krieg herbeigeführte gegenwärtige Notlage der deutschen Tabakindustrie aus. Wenn sonst ein Pfund des bezeichneten Tabaks in Holland 50 S kostete, so erhob die Reichsregierung bei der Einfuhr nach Deutschland davon neben dem Zoll 20 S an Wertsteuer. Hat sich der Preis jetzt, wie wir als Beispiel annehmen wollen, verdoppelt, also auf 1 M erhöht, so nimmt die Reichsregierung bei der Einfuhr neben dem Zoll auch vom Werte den verdoppelten Betrag, also 40 S. Es wäre interessant zu erfahren, wieviel die Reichsregierung seit Kriegsbeginn auf diese Weise mehr eingenommen hat und wieviel sie noch mehr einnehmen wird. Neben allen anderen Ungelegenheiten und Schwierigkeiten, die der Tabakindustrie im Laufe der Jahre gemacht worden sind, muß sie es sich gefallen lassen, daß die ungünstige Lage, die der Tabakmarkt zurzeit für sie bringt, zu einer Extrasteuerquelle für das Reich wird. Wir verkennen nicht, daß andererseits die Einnahmen des Reiches, beispielsweise wegen der im allgemeinen geringeren Zufuhr, zurückgegangen sind. Aber das ist kein Grund, der Tabakindustrie durch diese eigenartige Besteuerung nach dem Werte das Leben noch besonders schwierig zu machen. Bei anderen Industrien geschieht das auch nicht, wenn sie auch aus dem Kriegszustand Millionengewinne ziehen. Die Wirkung wird mit jedem Tage, den der Krieg noch dauert, größer, zumal nicht vergessen werden darf, daß auch der vielfach als Einlagetabak für billige Zigarrensorten und als Schneidgut verarbeitete deutsche Tabak rapid im Preise steigt, nicht zuletzt wegen der Knappheit ausländischer geringeren Tabaks.

In Berücksichtigung des Umstandes, daß die Tabakindustrie unter schwierigsten Umständen der Reichsregierung ganz wesentliche Einnahmen bringt, sollte man wohl billigerweise einiges Entgegenkommen zeigen und ihr das Leben erleichtern. Es wäre deshalb nötig, bis zu einer gewissen Wertgrenze die Wertsteuer ganz oder teilweise zu erlassen, bezw. bis auf weiteres aufzuheben oder Abstufungen eintreten zu lassen. Ob mit einer solchen Einrichtung auch die Zufuhr ausländischer Tabaks vermehrt werden könnte, vermögen wir im Augenblick nicht zu ermitteln. Auf jeden Fall aber sollte das Reich gerade jetzt auch auf den Konsum von Tabakfabrikanten einige Rücksicht nehmen; sie weiß, wie sehr gerade Tabakwaren von den Millionen deutscher Soldaten begehrt werden so daß auch jede Preissteigerung, wenn sie auch noch so berechtigt ist, unangenehm wirken muß. So wenig wie der Privatmann aus der Kriegsnot besonderen Gewinn ziehen soll, wenn er sich anders nicht, wie wir es wünschen, der Bestrafung aussetzen will, so wenig darf auch das Reich, und wenn es sich auch um Gesehe handelt, die Notlage ausnutzen. Wenn auch augenblicklich in der Tabakindustrie ein guter Geschäftsgang herrscht, so ist die Lage doch nicht so, daß die von uns gewünschte Erleichterung angesichts der Preise für Rohabake keine Berechtigung hätte.

### Nahrungsmittelpreise und Löhne in der Tabakindustrie.

Die Steigerung der Nahrungsmittelpreise hat allmählich ein unerträgliches Maß erreicht. Bei gewissen Waren sieht man, wie sich sogar von Tag zu Tag die Preise erhöhen, ohne daß dagegen behördlich eingeschritten wird. Die münderbemittelten Kreise der Bevölkerung sind nicht mehr in der Lage, sich einzelne, zur Ernährung notwendige Waren zu kaufen, während sie sich bei anderen Einschränkungen auflegen müssen. Kein Zweifel, daß zurzeit die Ernährung breiter Volksschichten schwer geschädigt wird. Reicht diese Schädigung schon sogar bis an den Mittelstand, wie muß es dann erst jene treffen, die von der Hand in den Mund leben, also die Arbeiter. Und wie schwer müssen erst jene Arbeiter und Arbeiterinnen unter solchen Teuerungsverhältnissen leiden, deren Einkommen im Verhältnis zu dem Einkommen der gesamten Arbeiterschaft am tiefsten steht! Zu der letzteren Gruppe von Arbeitern gehört in Deutschland leider auch die Tabakarbeiterchaft. Schon in normalen Zeiten ist das Einkommen der Tabakarbeiter so niedrig, daß deren Haushalt, deren Ernährungsweise durchschnittlich die äußerste Dürftigkeit zeigt. In den letzten Jahren hatte die deutsche Tabakindustrie, insbesondere die Zigarrenindustrie, eine schwere Krise durchzumachen, und wenn auch nach der berufsgenossenschaftlichen Statistik der durchschnittliche Jahreslohn eines Vollarbeiters (zu 300 vollen Arbeitstagen im Jahr gerechnet) etwas gestiegen ist, so war doch im allgemeinen der Lohn der Tabakarbeiter so gering, daß die Krise mit ihrer vermehrten Arbeitslosigkeit stark empfunden werden und auf die Ernährung einen doppelt unangünstigen Einfluß ausüben mußte. Dabei darf nicht vergessen werden, daß auch in den letzten vier bis fünf Jahren vor dem Kriege, also in den Kriegsjahren der Tabakindustrie, die Lebensmittelpreise nicht unbedeutend stiegen. Es kommt noch hinzu, daß die ersten Monate des Krieges die Lage der Tabakarbeiter ganz trostlos gestaltete, so daß viele trotz ihrer ohnehin bescheidensten Lebensansprüche in die allerbitterste Not gerieten und ganz direkt an einem Mangel der Ernährung litten.

Die schwere Sorge der ganzen oder teilweisen Arbeitslosigkeit ist ja gewiss, der Krieg war es, der nach langer Zeit wieder einmal einen guten Geschäftsgang in der Tabakindustrie schaffte. Aber auch aus diesem durchaus günstigen Geschäftsgang ist der Tabakarbeiterchaft noch nicht viel Segen erblickt. Wäre dieser gute Geschäftsgang in normalen Zeiten eingetreten, so hätte die Tabakarbeiterchaft doch endlich einmal Gelegenheit gehabt, sich von manchen Sorgen, die die letzten Jahre brachten, ein wenig zu erholen. Statt dessen brachte der Krieg, obwohl er die Arbeitsgelegenheit verbesserte, eine beispiellose Preissteigerung der Nahrungsmittel. Und gerade jene Waren, die in den ärmsten Haushaltungen am meisten

verbraucht werden, erfuhren die größten Preissteigerungen.

Von gewisser Seite wird man nun einzutenden geneigt sein, daß Krieg nun einmal Krieg ist und daß man mit Preissteigerungen rechnen müsse, zumal unser Land von der Zufuhr fast gänzlich abgeschnitten ist. Ach nein, es ist nach unserer Ansicht so manches verkannt worden, was zu tun nötig gewesen wäre und auch hätte mit Erfolg getan werden können, die steigende Not der unteren Volksschichten zu beschränken. Doch wir wollen an dieser Stelle nicht weiter darauf eingehen. Andere Leute aber werden außerdem noch, wenn wir von der besonderen Not der Tabakarbeiterchaft reden, uns die Tatsache zur Beruhigung entgegenhalten, daß eine große Anzahl Fabrikanten entweder Teuerungszulagen gemacht oder die Löhne an sich erhöht haben, so daß dadurch dem Notstand der Tabakarbeiterchaft doch begegnet worden sei. Selbstverständlich weiß die Tabakarbeiterchaft gerade in dieser Zeit die Erhöhung ihres Einkommens zu würdigen, wenn auch die Zulagen noch keineswegs allgemein und oftmals in lächerlich geringer Weise gewährt worden sind; aber tagtäglich fühlt jeder Tabakarbeiter und jede Tabakarbeiterin, daß es kein ausreichendes Gegengewicht gegen die ungeheure Preissteigerung, wie sie namentlich bei den Nahrungsmitteln besteht, ist. Da reichen ein paar Prozent Teuerungszulage oder 20 bis 50 S pro Tausend Lohnzulage nicht aus, um das Defizit im Haushalt zu bedecken. Und mit jeder Preiserhöhung, also mit jedem Tage, wird diese Spannung zwischen Soll und Haben in der Ernährung größer.

Vergleichen wir doch einmal, das Einkommen der Tabakarbeiter mit den Preisverhältnissen und betrachten dann die Wirkung der Zulagen, wobei immer wieder berücksichtigt werden muß, daß lange nicht alle Fabrikanten Zulagen gemacht haben. Das durchschnittliche Einkommen eines Tabakarbeiters (Vollarbeiter = 300 vollen Arbeitstagen) betrug nach der Aufstellung der Tabakberufsgenossenschaft im Jahre 1913 675 M. Der Durchschnittsverdienst von 1914 konnte von uns noch nicht festgestellt werden, da wir die dafür nötigen Unterlagen noch nicht hatten. Wir wollen aber für 1914 eine hohe Steigerung annehmen und zwar von 25 M, obgleich eine solche Steigerung überhaupt noch nicht vorgekommen ist und gerade 1914 ein für die Tabakarbeiter recht ungünstiges Jahr war, indem der Krieg schwer lähmend wirkte und nur recht wenig Lohhebungen geführt werden konnten. Wir hätten demnach für 1914 einen Jahresdurchschnittslohn von 700 M anzunehmen. Nehmen wir weiter an, daß die dann im Jahre 1915 gewährten Zulagen, soweit solche überhaupt erfolgt sind, durchschnittlich 5 Prozent ausmachen, was gewiß nicht zu niedrig gegriffen ist, so stieg demnach das Durchschnittseinkommen derjenigen Tabakarbeiter, denen etwas bewilligt wurde, auf 735 M. Einige Fabrikanten gewährten 10 Prozent Zulage; diese auf das Durchschnittseinkommen aufgeschlagen, ergibt einen Jahresverdienst von 770 M. Sehen wir uns nun auch die Preissteigerungen auf dem Nahrungsmittelmarkt etwas näher an. Nach Richard Calwers Berechnungen ist der Nahrungsmittelaufwand von Juli 1914 bis Juli 1915 um etwa 26 Prozent gestiegen; in Berlin sogar um 53, in Dresden um 67, in Hamburg-Altona um 62, und in den meisten Großstädten um 50 Prozent. C. v. Tyska berechnet die Steigerung der Kosten für den Lebensunterhalt während des Krieges auf 67 Prozent. Zwar wohnt der größere Teil der Tabakarbeiter heute nicht mehr in den Großstädten, auch wollen wir berücksichtigen, daß ein Teil der Tabakarbeiter etwas Landwirtschaft betreibt und deshalb einige Waren nicht so teuer wie die Arbeiter der Stadt zu bezahlen brauchen, obwohl auch für diese selbsthergezeugten Bodenfrüchte der Marktpreis einzusehen ist. Immerhin dürfte im Durchschnitt mit einer höheren Aufwendung für Nahrungsmittel von 50 Prozent jetzt gerechnet werden können. Reicht doch die Calwersche Berechnung nur bis Juli 1915, und jedermann weiß, wie gerade in den letzten Wochen die Teuerung verschärft eingeseht hat und wie die Preise jetzt von Tag zu Tag steigen.

Wir rechnen also für 1914 mit einem Durchschnittseinkommen der Tabakarbeiter von 700 M. Davon dürften für Nahrungsmittel ungefähr 400 M aufgewendet werden. Da nun aber eine Preissteigerung von 50 Prozent eingetreten ist, wären bei gleicher Lebenshaltung wie früher jetzt 600 M auszugeben für Nahrungsmittel. Wir sehen davon ab, daß auch andere Gegenstände, wie z. B. Kleidung, teurer geworden sind. Woher soll nun aber die Mehrausgabe von 200 M kommen? Durch einen fünfprozentigen Lohnaufschlag werden von dieser Mehrausgabe nur 35 M gedeckt, so daß noch 165 M zu decken übrig bleiben, oder, wenn die Teuerung oder Lohnzulage wirklich 10 Prozent beträgt, der Durchschnittslohn also statt bei 5 Prozent auf 735 M, auf 770 M gestiegen ist, bleibt infolge der Teuerung immer noch ein Fehlbetrag beim Nahrungsmittelaufwand von 130 M. Dabei wollen wir uns wieder in Erinnerung rufen, daß die Tabakarbeiterchaft infolge ihrer geringen Löhne ihre Lebenshaltung teilweise schon stark eingeschränkt sieht.

Wenn nun keine Möglichkeit ist, diese Differenzen in Soll und Haben der Ernährung, die eine Folge der unverantwortlichen Teuerung ist, zu decken, was dann? Nun, dann leidet die Lebenshaltung, vor allem die Ernährung; der ohnehin ausgemergelte Körper geht allmählich zugrunde und der noch gesunde Körper verfällt nach und nach. Deshalb ist für die Tabakarbeiter nichts dringender, als daß sie gerade jetzt zu handeln verstehen, um die furchtbaren Folgen der Teuerung von sich abzuhalten.

### Bewilligte Lohn- und Teuerungszulagen in der Tabakindustrie.

Altona. Die Firma A. A. B. O. L. I. N., welche bereits Mitte Mai d. J. alle Sorten um 50 S pro Mille erhöht hatte, ließ weitere Erhöhungen von 50 S pro Mille auf alle Sorten eintreten.  
Hamburg. Die Firma F. r. a. n. z. U. h. a. u. hatte schon vorher ihren Epimern 2 M Teuerungszulage bewilligt, die sie jetzt um weitere 2 M erhöhte. Die Teuerungszulage beträgt danach 4 M pro Woche.

**Wülheim-Sarn (Ruhr).** Die Firma E. d. Rosenbach hat ihren Arbeitern eine Teuerungszulage von fünf Prozent bewilligt.

**Taubenprekeln.** Die Firma Gebr. Meyer bewilligte den verheirateten Arbeitern und Arbeiterinnen eine Teuerungszulage von 4 M und den ledigen Arbeitern und Arbeiterinnen 3 M monatlich. Die gleiche Zulage bewilligte die Firma D. o. u. i. s. K. r. a. u. s. e ihren Arbeitern und Arbeiterinnen.

**Brud bei Erlangen.** Die Firma R. P. ö. h. n., Sitz Ramberg, hat ihren Arbeitern eine Teuerungszulage von fünf Prozent gewährt. Die Firma F. r. F. u. c. h. s. gewährt ebenfalls eine Teuerungszulage von fünf Prozent.

### Cabakbau in Baden.

Nach einer amtlichen Statistik ist der Tabakbau in Baden im Erntejahr 1915 gegenüber dem vorigen Jahre erheblich zurückgegangen. Es betrug nämlich im Jahre 1914 die Anbaufläche 430 545 Ar, 1915 nur 352 504 Ar; der Rückgang beträgt also 78 141 Ar. In den Finanzamtsbezirken bestehen die Anbauflächen wie folgt: Achern 47 644 Ar, Baden 9498 Ar, Karlsruhe 39 858 Ar, Offenburg 25 599 Ar, Raftatt 741 Ar. Der Finanzamtsbezirk Achern, wozu das Hanauerland mit Rehl gehört, hat einen Rückgang gegen 1914 von 12 356 Ar zu verzeichnen.

### Das Tabakmonopol in Polen.

Der „Kurjer Warszawski“ vom 29. September bringt (nach der „Deutschen Warschauer Ztg.“, Nr. 55) über die Einrichtung des Tabakmonopols folgende Mitteilungen:

„Die Warschauer Zigarettenfabriken haben in Erwartung der Einführung des Monopols bereits ihre Arbeiten eingestellt. Das Monopol wird von der Zivilverwaltung des Königreichs Polens übernommen. Die Waren zum Verkauf werden vom Verband deutscher Fabrikanten geliefert, der auch die Verkaufsorganisation leitet. Die Zentrale und die Warenlager für Polen befinden sich in Dresden. Der Verkauf von Zigaretten in Polen kann nur auf Grund einer Erlaubnis des Polizeipräsidenten von Warschau erfolgen. Diese Erlaubnis muß durch eine Eingabe beim Polizeipräsidenten erhalten werden. Die Warschauer Fabriken sollen an die Zivilbehörde eine Eingabe gerichtet haben, daß ihnen ausnahmsweise die weitere Herstellung gestattet werde. Die Erzeugnisse der hiesigen Fabriken werden ebenfalls dem Hauptwarenlager in Dresden zugeführt. Das Hauptmonopolager wird sich in Lodz befinden, wohin auch alle Warenanforderungen zu richten sind, doch ist auch für Warschau die Eröffnung eines Lagers vorgesehen. Die Zigaretten werden unter bestimmten Marken in vorgeschriebenen Packungen zum Verkauf kommen. Der Mindestpreis für 10 Stück soll auf 15 S, der Höchstpreis auf 1 M festgesetzt werden. Während der Uebergangszeit sollen die alten Packungen mit dem vorgeschriebenen Stempel zugelassen sein. Der Verkaufspreis wird den Sorten aufgedruckt; höhere Preise zu nehmen ist streng verboten. Auch der Handel mit einheimischen Tabaken, sowie die Anfertigung von Zigarettenhülften durch Private wird späterhin nicht mehr gestattet sein.“

### Zur Petroleumversorgung der Heimarbeiter.

Unsere Verdener Mitglieder hatten sich an den dortigen Magistrat um Anwendung von Petroleum an die Heimarbeiter der Tabakindustrie gewandt. Der Magistrat ist der Sache näher getreten und wird bestimmte Mengen Petroleum abgeben. „Diejenigen Heimarbeiter,“ heißt es in der Mitteilung des Magistrats, „die im Besitz von Leucht- oder Kochgas sind (im letzteren Falle ist die Leitung von Leuchtgas leicht auszuführen), können bei demnächstiger Petroleumversorgung nicht berücksichtigt werden.“

### Unsere Mitglieder im Kriege.

Eine erneute Umfrage hat ergeben, daß bis Ende August 4210 unserer Mitglieder zum Heeresdienst eingezogen worden sind. Bei der Umfrage waren 78 kleinere Zahlstellen so nachlässig, nicht zu berichten; es sind dafür die vorliegenden älteren Zahlen eingestellt worden. In Wirklichkeit dürfte also die Zahl der Eingezogenen etwas größer sein.

Als gefallen und ihren Verletzungen erlegen sind bis heute von den Zahlstellen 277 Mitglieder gemeldet worden.

### Von der holländischen Tabakausfuhr.

Der Frankfurter Zeitung wird aus Rotterdam geschrieben:

„Uebertriebene Furcht vor einem Ausfuhrverbot hat eine große Zahl deutscher Händler und Fabrikanten nach der dieswöchigen Amsterdamer Einschreibung geführt, dieser Zug hat zu der fabelhaften Preissteigerung von Einlage, Umblatt und Schneidegut beigetragen. Ein Ausfuhrverbot soll die Warenvorräte im Lande halten; für Tabak aber ist dazu der rechte Augenblick schon längst verpaßt. Vorräte von einiger Bedeutung liegen von keiner im Preise niedrig stehenden Tabaksorte mehr in Holland. Die Händler-Läger sind geleert, während eine Anzahl Fabrikanten in der Voraussehung, später vorteilhafter wieder eintreten zu können, ebenfalls den Händler gespielt haben und ihre für die eigenen Betriebe gekauften Vorräte mit beträchtlichem Nutzen verkauft haben. Jetzt, nachdem diese Spekulation selbsterfolgt ist, soll der Staat helfen. Die Regierung ist dazu außerstande, da ein Ausfuhrverbot mangels greifbarer Vorräte die nun beginnende Java-Ernte treffen müßte, d. h. die Regierung müßte ihren grundsätzlich unparteiischen Standpunkt verlassen und die holländischen Fabrikanten auf Kosten der indischen Pflanzler begünstigen. Selbst wenn ein dahingehender Beschluß gefaßt würde, würde der Erfolg ein Schlag ins Wasser sein, da die Pflanzler bezw. Importeure zum Verkauf unter Marktwert nicht gezwungen werden können. Sobald ein Ausfuhrverbot erlassen

würde, würden die Importeure den Verkauf einstellen und dadurch würde der wichtige Tabakhandel schwer geschädigt werden. Ein öffentliches Interesse, wie die Verhinderung der Arbeitslosigkeit in der Tabakindustrie (dieses Stedenpferd wird in den Eingaben mit Vorliebe geritten), ist auf den vorliegenden Fall nicht anzuwenden, ein absoluter Mangel an Füll- und Schneidematerial besteht nicht, da unter Neederl. Oerjee-Trust-Bedingungen amerikanische Rohstoffe in Holland hinreichend zu haben sind, in Brasilien selbst billiger als vor Kriegsausbruch. Freilich sind diese amerikanischen Sorten schon wegen der gestiegenen Frachten nicht so niedrig im Preise wie Java-Strubbe nach mehrjähriger Ueberproduktion käuflich waren. Wie andere Artikel des Massenverbrauches sind eben auch die billigeren Tabaksorten durch die Kriegsumstände verteuert. Die holländische Tabakindustrie wird sich dementsprechend genötigt sehen, ihre Fabrikatpreise zu erhöhen, ebenso wie dies in anderen Ländern geschehen muß. Daß sich aber die Regierung zu einem Ausfuhrverbot bereit finden lassen wird, gilt als unwahrscheinlich.“

### Die letzte Zigarette.

Als einem im „Vorwärts“ veröffentlichten Feldpostbriefe: Wir waren auf dem Vormarsch gegen Ciechanow. Abends warfen wir die Russen aus einem Dorf, setzten uns darin fest und machten Quartier. Als vier Kameraden und ich in eine armenige Hütte traten, um in der kalten Nacht wenigstens ein Dach über uns zu haben, hörten wir aus der Dunkelheit ein mattes Stöhnen. Schnell hatten wir Licht gemacht. Mitten in der Stube lag ein verwundeter Russe. Wahrscheinlich hatten ihn seine Kameraden vor ihrer Flucht noch hineingeschleppt. War ein junger Mensch, kaum 20 Jahre alt, mit semmelblonden Haaren und wasserblauen Augen. Wir sahen es gleich, da war nichts mehr zu retten: Bauchschuß und Schuß durch die Brust. Feind ist Feind — ein Verwundeter ist Mensch. Ein paar Kameraden gingen und holten Stroh. In der Stube war kein Bett und nichts. Wir legten den Verwundeten behutlos auf das dicht geschichtete Stroh und einen Tornister ihm unter dem Kopf. Der arme Kerl sah uns einen nach dem andern mit dankbarem Blick an. Wir hockten uns auf den steinernen Desernack und schauten auf den Russen. Keiner sagte etwas. Jeder zerbrach sich den Kopf: was kannst du dem armen Teufel da noch Gutes tun? Wir boten ihm Brot an. Er schüttelte den Kopf. Rum aus unserer Flasche? Nein. Einer holte ein Stückchen Schokolade aus der Tasche. Nein. Uns fiel nichts mehr ein, und einer nach dem andern holte seine Pfeife aus dem Waffentod und zündete sie an. Die Augen des Verwundeten strahlten hell auf. Ich nahm meine Pfeife aus dem Munde und wollte sie ihm geben. Er schüttelte wieder den Kopf, machte aber mit der rechten Hand Bewegungen nach seiner Manteltasche. Ich griff für ihn hinein und zog einen Beutel mit Tabak heraus. Seine Augen nickten froh auf. Ich öffnete den Beutel. Darin war auch Zigarettenpapier. Er nickte wieder. So ungeschickt ich war, ich brachte doch eine Zigarette fertig, steckte sie ihm in den Mund und zündete sie an. Langsam kam die Zigarette in Brand. Bedächtig, feierlich rauchte sie der Sterbende. Und wir qualmten ebenso andächtig mit ihm. Die Zigarette wurde kleiner. Die Wache fiel dem Russen auf die Brust. Noch war sie nicht zur Hälfte aufgeraucht, da ging ein Streden durch seinen Körper, der Mund preßte sich zusammen. Die Zigarette blieb am Munde hängen und glimmte weiter — das Leben war verloschen.

### Erhöhung der Tabakpreise in Oesterreich-Ungarn.

Die Verwaltungen der österreichischen und ungarischen Tabakregie haben die Preise der Zigarettentabake um 30 bis 40 Prozent erhöht. Die Direktionen haben sich zu dieser Verfügung aus dem Grunde veranlaßt gesehen, weil sich viele Leute damit beschäftigen, Zigarettenhülften zu füllen und diese Zigaretten zum Schaden des Regieverkaufs in den Verkehr bringen. Andererseits soll durch die jetzige Preiserhöhung wenigstens zum Teil der Verlust heringebracht werden, der der Regie daraus erwächst, daß die Soldaten im Felde auch Zigaretten erhalten und den Verwundeten Tabak um die Hälfte des Preises verabfolgt wird. Die Preise für Spezialtabakgattungen wurden um 70 bis 80 Prozent erhöht, die der Zigarillos von 5 auf 6 Heller. Die Zigarren- und Zigarettenpreise sind unverändert geblieben. Die Preiserhöhungen treten jetzt in Kraft. Die Preiserhöhung der Zigarillos wurde auf speziellen Wunsch Ungarns vorgenommen, da diese in Ungarn sehr stark und gern geraucht werden und daher ein Rückgang des Absatzes durch die Preiserhöhung nicht zu erwarten ist.

### Lobdrückende Frauenarbeit.

Wo Frauen neu in Berufe hineinkommen, werden sie von den Männern mit Mißtrauen betrachtet. Die Ursache ist die Furcht, dadurch aus ihren Arbeitsplätzen verdrängt zu werden und für die Folge weniger Gelegenheit zur Erwerbsarbeit zu haben.

Anlaß zur Verdrängung gibt die Möglichkeit für die Unternehmer, in den Frauen billigere Arbeitskräfte zu haben. Mit ganz wenigen Ausnahmen werden Frauen selbst für die gleiche Arbeit niedriger entlohnt als Männer. Dadurch aber entsteht für diese die Gefahr, sich ebenfalls mit niedrigeren Löhnen begnügen zu müssen.

Diese Wirkungen der Frauenerwerbsarbeit, die mit dem Steigen der Ziffern erwerbstätiger Frauen und Mädchen von größerem Einfluß auf die Gesamtverhältnisse der Arbeiterschaft wurden, hat dazu geführt, die weiblichen Arbeiter und Angestellten in die gewerkschaftlichen Organisationen aufzunehmen und gemeinsam mit ihnen den Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu führen nach dem Grundsatz: Gleicher Lohn für gleiche Leistungen.

Von der Erfüllung dieser Forderung sind wir aber noch weit entfernt. Nicht zuletzt liegt dies an den erwerbstätigen weiblichen Personen, die von dem Wert der gewerkschaftlichen Organisation so schwer zu überzeugen sind und so leicht nicht glauben wollen, daß jeder Einzelne dazu beitragen kann, ihn zu erhöhen. Die Ansicht, nur vorübergehend erwerbstätig zu sein, ist ein weiterer Grund, sich den Organisationen nicht anzuschließen.

Diese Gründe sind aber nicht allein die Ursachen, die die Frauen noch immer die Rolle der Lohnrücker spielen lassen. In der Hauptsache ist es die weitverbreitete Ansicht, den Frauen kommen gleiche Löhne auch gar nicht zu, weil sie weniger zum Leben brauchen als die Männer. Diese Ansicht wurzelt so tief in weiten Kreisen der Bevölkerung, selbst bei dem weiblichen Teil, daß die Arbeiterorganisationen erhebliche Anstrengungen machen müssen,

sie in ihren Kreisen auszuweiten. Vorher ist aber an praktische Durchführung der Organisationsforderung gar nicht zu denken. Glücklicherweise ist auch diese gewerkschaftliche Tätigkeit nicht erfolglos.

Wie sehr man als ganz selbstverständlich ansieht, für Frauenarbeit nicht die gleiche Entschädigung zu gewähren wie den Männern, zeigen unter anderem Verfügungen der badiischen und preussisch-hessischen Eisenbahnverwaltungen. Der Krieg hat auch für die Eisenbahnen Personalschwierigkeiten geschaffen und zur Einstellung weiblicher Arbeiter geführt. Die genannten Behörden zahlen als Entschädigungen aber nur bis zu drei Vierteln der Beträge, die früher männlichen Arbeitern gewährt wurden. Nur wenn ganz außergewöhnliche Verhältnisse vorliegen, soll von dieser grundsätzlichen Regelung der Löhne abgegangen werden.

Daß Frauen im Eisenbahndienst nur mit leichteren Arbeiten beschäftigt werden sollen, rechtfertigt nicht die niedrigere Bezahlung. Allerdings ist es berechtigt, schwere Arbeit anders zu entlohnen als leichte, und wenn Frauen im Eisenbahndienst die leichte Arbeit zugewiesen erhalten und den Männern die schwere Arbeit bliebe, würde niemand gegen einen entsprechenden Unterschied in der Entlohnung sein. Allerdings dürfte dieser nicht dazu führen, den Frauen für ihre Arbeit weniger zu zahlen, als den Männern früher dafür gegeben wurde. Daß aber ist nach den Erlassen der beiden genannten Eisenbahnverwaltungen der Fall, die übereinstimmend in allen Fällen nur bis zur Höhe des dreiviertelfachen Betrages der früheren Entschädigungen bei der Entlohnung der Frauen gehen wollen.

Wenn selbst Behörden in dieser Art Frauenarbeit bewerten und entlohnen und sich darunter sogar die Eisenbahnverwaltung des Musterlandes Baden befindet, darf man sich freilich nicht wundern, daß in Privatbetrieben die geringere Entlohnung der weiblichen Arbeitskraft immer wieder eintritt.

In der jetzigen Zeit ist dies von ganz besonderem Einfluß. Bei der herrschenden Teuerung der Lebensmittel sind Familien, in denen die Frau Haupternährer ist, geradezu zur Unterernährung verdammt. Auch alleinstehende Frauen und Mädchen, die von ihrem Verdienst leben müssen, können sich nicht genügend ernähren. Wo Kriegsfamilien nur die Reichsunterstützung erhalten, sind sie ebenfalls gezwungen, sich stark einzuschränken, wenn die Frau als Erwerbsarbeiterin nur gering entlohnt wird. Es ist ferner zu bedenken, daß ein Teil der Betriebe, einschließlich der behördlichen, die billige Frauenarbeit nach dem Kriege beibehalten wird und dies weiterer Anlaß zu Lohnkürzungen für die Männer sein wird.

Diese Aussicht wird sicher imstande sein, beunruhigend auf unsere Krieger draußen in den Schützengräben zu wirken, die für ihre und die Zukunft ihrer Familien besorgt werden.

Diese Wirkungen der Frauenerwerbsarbeit sind deshalb recht bedauerlich. Freilich schafft man sie dadurch nicht aus der Welt. Sie sind nur zu beseitigen durch gewerkschaftliche Organisation auch der Frauen. Das zeigt uns nicht zuletzt das Verhalten der beiden süddeutschen Eisenbahnverwaltungen.

Mögen deshalb die Arbeiter und Arbeiterinnen aus der Beschäftigung und Entlohnung der Frauen während des Krieges lernen und danach ihr Verhalten einrichten.

### Gestorben:

- Gefallen ist der Zigarrenarbeiter **W. Heiden** aus **Wolga** (Zahlstelle **Wolga**).
- Gefallen am 28. September in Frankreich der Zigarrenarbeiter **Hermann Blotenberg** aus **Spence**, 21 Jahre alt (Zahlstelle **Spence**).
- Seiner in Frankreich erlittenen schweren Verwundung erlag der Sortierer **Hermann Zank** aus **Brenzlau** (Zahlstelle **Dietzheim**).
- Gefallen im September in Rußland der Zigarrenarbeiter **Walter Fuhrmann** aus **Berden**, 24 Jahre alt (Zahlstelle **Hamburg-Altona**).
- Gefallen im Oktober in Rußland der Sortierer **Hermann Bränning** aus **Altona**, 30 Jahre alt (Zahlstelle **Hamburg-Altona**).
- Gefallen im Oktober in Rußland der Sortierer **Otto Schröder** aus **Hamburg**, 22 Jahre alt (Zahlstelle **Hamburg-Altona**).
- Gefallen am 4. Oktober in Frankreich der Zigarrenarbeiter **Karl Diekmann** aus **Westerenger**, 25 Jahre alt (Zahlstelle **Spence**).
- Gefallen am 6. Oktober in Frankreich der Zigarrenarbeiter **Fritz Funke** aus **Ludau**, 25 Jahre alt (Zahlstelle **Ludau**).
- Gefallen am 7. Oktober in Frankreich der Zigarrenarbeiter **Ludwig Stahlmeier** aus **Wottho**, 29 Jahre alt (Zahlstelle **Wottho**).
- Auf dem westlichen Kriegsschauplatz starb am 4. Oktober der Zigarrenarbeiter **Karl Kästner**, 41 Jahre alt. Kollege Kästner war 2. Bevollmächtigter der Zahlstelle **Oranienbaum**.
- Gefallen in Frankreich der Zigarrenarbeiter **Geinrich Lambrecht** aus **Hannover**, 33 Jahre alt (Zahlstelle **Hannover**).
- Seinen Verletzungen erlag der Kantabakpinner **Hermann Siferma** aus **Sielen**, 28 Jahre alt (Zahlstelle **Nordhausen**).
- Seinen Verletzungen erlag der Rollenmacher **August Geithardt** aus **Nordhausen**, 43 Jahre alt (Zahlstelle **Nordhausen**).
- Gestorben am 23. September zu **Häntchen** der Zigarrenarbeiter **Alex Grumpelt** aus **Börnchen**, 17 Jahre alt.
- Am 8. Oktober starb zu **Böhlhorst** (Zahlstelle **Rindern**) **Wilhelmine Böhm** aus **Häberkebt**, 58 Jahre alt.
- Am 9. Oktober starb zu **Berlin** der Zigarrenarbeiter **Ferdinand Klans** aus **Frankfurt a. O.**, 70 Jahre alt.
- Am 9. Oktober starb zu **Hamburg** der Zigarrenarbeiter **Johann Müller** aus **Heide**, 63 Jahre alt.
- Am 9. Oktober starb zu **Wolfsbüttel** der Zigarrenarbeiter **Bernhard Wimmer**, 66 Jahre alt. Kollege Wimmer war 1. Bevollmächtigter der Zahlstelle **Wolfsbüttel**.
- Am 10. Oktober starb zu **Berden** die Widelmagerin **Lizette Reinsberg**, geb. **Hermanns**, aus **Biedrich**, 53 Jahre alt.
- Am 12. Oktober starb zu **Erdbmannsdorf** der Zigarrenarbeiter **Paul Richter** aus **Sennewersdorf**, 27 Jahre alt.
- Am 13. Oktober starb zu **Wauzen** die Widelmagerin **Eruciline Ballmer** aus **Waltersdorf**, 64 Jahre alt.
- Am 14. Oktober starb zu **Hamburg** der Zigarrenarbeiter **Isaac Wehlhausen** aus **Hamburg**, 68 Jahre alt.

Ghre ihrem Andenken!

**Verbandsteil.**

**Deutscher Tabakarbeiter-Verband.**

Karl Deichmann, Vorsitzender, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32. — Telefon Nr. 6046.  
Büreauzeit von 8 bis 4 Uhr nachmittags.  
Für den Vorstand bestimmte Aufschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.  
Für die Expedition bestimmte Aufschriften sind an Johs. Krohn, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.  
Für die Redaktion bestimmte Aufschriften sind an Gustav Alendörf, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.  
Für den Ausschuss bestimmte Aufschriften sind an Emil Sitten, Altona-Dittsen, Friedensallee 46, I, zu adressieren.

**Bekanntmachungen.**

**Kriegsteilnehmerbescheinigung.**  
Der Mitgliedern, die zum Heeresdienst eingezogen worden sind und durch irgend einen Umstand schon jetzt zur Entlassung kommen, also zurückkehren, ist die Dauer ihres Aufenthaltes beim Militär im Mitgliedsbuch zu bescheinigen.  
Die Bescheinigungen werden ersucht, den Aufenthalt beim Militär vorher gewissenhaft zu prüfen und in die Markensfelder im Mitgliedsbuch die folgende Eintragung zu machen:  
„Inhaber dieses war in der Zeit vom . . . . . bis . . . . . zum Heeresdienst eingezogen.“  
Stempel. Unterschrift.  
Nebst dem sind die betreffenden Markensfelder als frei abzugeben.  
Gauleiteradresse.  
Gau Berlin: Gauleiter Robert Henzinger wohnt nimmehr Berlin-Pankow, Hübendammstr. 11.  
Folgende Gelder sind bei mir eingegangen (B. = Verbandsbeiträge, Z. = Zurückgezahlt, S. = Sozialkasse):

8. Diözesan: Berlin B. 150.—, Mühlheim a. M. B. 20.—, 9. Berlin B. 500.—, Lübeck B. 260,77, Segeberg B. 35.—, Pichena. i. S. B. 31,19; 9. 999, Tannenberg B. 100.—, 10. Rappertheim B. 50.—, Leisnig B. 50.—, Rendsburg B. 35.—, Wittweida B. 50.—, Pölla B. 60.—, Ansbach B. 50.—, Lobenstein B. 33,97, 11. Nachen B. 35,50, Frankenhäuser B. 150.—, Geraberg B. 100.—, Rostock B. 180.—, Jüchow B. 100.—, Wittenberge B. 50.—, Klein-Nischen B. 30.—, Nübbchen B. 30.—, Freiberg B. 360.—, Friedeberg B. 30.—, Großbreitenbach B. 36,17, Eßau B. 110.—, Reinstadt B. 92,50, Wittenberg B. 17,70, Bremen B. 17,05, Schorndorf B. 30.—, Finsterwalde B. 100,93, Wauken B. 100.—, Leipzig B. 200.—, 13. Harburg B. 55.—, Wicken B. 150.—, Mlotho B. 186.—, Bremen B. 400.—, Hamburg B. 150.—, Hirschberg i. Schl. B. 70.—, Königsbrück B. 50.—, Offenbürg B. 250.—, 14. Mtsfeld B. 15.—, Wauken B. 50.—, Wikenhausen B. 50,92, Wünnen i. Sam. B. 150.—, Wintersdorf B. 170.—, Neumarkt B. 60.—, 15. Sandersheim B. 60.—  
Bremen, den 18. Oktober 1915. W. Nieder-Belland.

Abrechnungen vom 3. Quartal gingen ein in der Zeit vom 13. bis 19. Oktober aus dem:  
1. Gau, Hamburg: Rostock, Verden, Grebesmühlen, Harburg, Zegefeld, Burgdamm, Scharnbeck, Reilingen, Metterien, Nadersleben, Neumünster, Glückstadt, Altona-Brück; 2. Gau, Hannover: Wernigerode, Drantenbaum, Northeim, Gernrode, Osterode, Langermünde; 3. Gau, Nordhausen: Caffel, Plauke; 4. Gau, Erford: Rheda, Südhemmern, Geln, Hameln, Mülthe, Mültheim (Ruhr), Emmerich, Duisburg, Goch, Geldern, Gelsenbeck, Schweicheln, Niederkauf; 5. Gau, Frankfurt a. M.: Mtsfeld, Dietesheim, Froschhausen; 6. Gau, Seibelberg: Ostersheim, Reilingen, Reinen, Seibelberg, Bienenbach, Walldorf; 7. Gau, Offenbürg: Gengenbach, Offenbürg, Göttingen; 8. Gau, Karlsruhe: Schorndorf, Karlsruhe; 9. Gau, Erfurt: Nischwitz, Erfurt, Nischhausen, Ronneburg, Merseburg, Gera; 10. Gau, Dresden: Leisnig, Wauken, Ober-Ottendorf, Johannegeorgenstadt, Zwickau, Bischofswerda, Mtschen; 11. Gau, Breslau: Schwerin a. d. W., Halbau, Posen, Neuhals, Hirschberg, Jauer, Wauken, Neumarkt i. Schl.; 12. Gau, Berlin: Jüterbog, Friedeberg, Hirschenwalde, Wittenberge, Wolgast, Finsterwalde, Woltersdorf, Ludau, Pasewalk, Schönlanke.

**Adressen-Veränderungen.**  
Mtsfeld (5): 1. Bev. Christ. Dicksch, Schäfersgasse 10.  
Königsbrück (10): 2. Bev. Heine Meier.  
Halbau (11): 1. Bev. Paul Krebs, Kirchplatz 3.  
Geln (4): 2. Bev. Carl Schwabe, Florastr. 74, VI.  
Kaiserslautern (6): 1. Bev. Heine Berg (Lackierer), Bollstr. 1.

Stendal (2): 1. Bev. Franz Herrns, Hochschule 2; 2. Bev. Franz Bemann, Good 7.

**Arbeitsmarkt.**

**Stellenangebote.**

Eine Wickelmacherin nach Hirschberg i. Schl.; Lohn 3,20 M bis 3,40 M bei freier Einrichtung. Nachfragen: Gau-Arbeitsnachweis Breslau, Gust. Diez, Margarethenstr. 17, Zimmer 30.  
2 bis 3 Zigarrenmacher nach Heidenberg; Lohn 10—15 M und 10 Prozent Leistungszulage. Post und Lohn 10 M. Auch für Sortierer sind Stellen vorhanden. Nachfragen: Gau-Arbeitsnachweis Hamburg, Gottf. Oetring, Altona, Delfersallee 1.  
1 Sortierer, welcher auch Zigarren machen kann; Lohn für Sortieren (10 Mille), 21 M Zigarrenmachen, Lohn 9—11 M. Ein Sortierer nach Dresden bei guten Lohnfäden. Einige Sortierer nach Frankenberg und Wittweida. Nachfragen: Arbeitsnachweis der Sortierer, Max Bernhardt, Dresden-Pfischen, Braunschweigerstraße 8, III.  
Der Verbandsvorstand.



**Eckstein**  
**Zigaretten**  
Einzig in Qualität  
**Trusifrei**  
A-MECKSTEIN & SÖHNE, DRESDEN



Ich bediene Sie  
**Reell, Billig u. Gut!**  
Machen Sie einen Versuch und fordern Sie zunächst kostenlose Offerte oder illustrierte Preisliste von der  
**Ersten Spezial-Fabrik für Zigarrenfabrik-Utensilien.**  
**W. Hermann Müller**  
Berlin O 27  
Magerstraße 14

**Jacob Hirsch jr.**  
Mannheim B 1, 9. [10  
Alle Sorten in- u. ausländischer Tabake zu billigsten Tagespreisen, inkl. Zoll- u. Wertsteuer. Post-Versand per Nachnahme. Ziel nach Uebereinkunft

**Leon Weil, Speyer**  
Gegr. 1882 Rohtabake Versand 149  
Stretter Einkauf  
Größte Leistungsfähigkeit.  
Nr. 769 Sumatra-Deck P.V.I.A. reifes 2er Vollblatt, leichte gute Farben . . . . . 3.30  
Nr. 617 Sumatra-Deck, edelhell, handblattartig, Qualitätsstabak 3.50  
Nr. 305 Vorstenlanden-Deck 1er Vollblatt, fahler Vintroller besser Qualität . . . . . 3.—  
Sumatra-Umlatt, reif u. flott-brennendes 4er u. 3er Vollbl. 2.20  
Sumatra-Umlatt mit Deck, feine Märkte, 2er Vollblatt 2.40  
Rippenabnahme zum Tagespreise

**Carl Roland, Berlin SO**  
Kottbuserstrasse 4  
Sumatra-Tabake pr. Pfd. 2.—, 3.20, 3.50, 4.—, 5.50 M.  
Vorstenlanden-Decken pr. Pfd. 2.70, 3.60 M.  
Java-Umlatt pr. Pfd. 1.70, 1.50, 1.90, 2.— M.  
Brasil Ia, pr. Pfd. 2.—, 2.40 M.  
Havana Ia . . . . . pr. Pfd. 4.— M.  
Mexiko-Decke . . . . . „ 5.— M.  
Märker . . . . . „ 1.20 M.  
Briefkasten. Hübeshelm 80 4.

**L. Cohn & Co.**  
Berlin N, Brunnenstrasse 24  
Gegründet 1870  
**Rohtabake**  
Gegründet 1870

Grösste und älteste Spezialfabrik für vollständige Einrichtungen für Zigarrenfabriken  
Soeben erschien:  
**Unser Modellbogen 208 über gebrauchte Formen**  
Zusendung sofort kostenlos  
Deutschlands grösstes Zigarrenwickelformenlager. Jede Form sofort in neu und gebraucht am Lager  
Unsere Liste 24 enthält sämtliche Einrichtungsgegenstände für Zigarrenfabriken

**Drucksachen** liefert schnell und billigst  
**J. S. Schmalzfeldt & Co.**  
Bremen.

Unserem langjährigen 1. Bevollmächtigten, Kollegen **Wilhelm Marahrens** zu seiner stattgefundenen Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche senden  
Die Kollegen der Zahlst. Hildeshelm

**Neue, direkte Einkäufe geschlossener Partien:**  
Folgende geschlossene Partien kaufte ich direkt in den Einschreibungen  
vom 17. 9. d. J.: **283 Pn. Sumatra Amsterdam Deli Cie/Th**  
vom 20. 9. d. J.: **140 „ Vorstenlanden B/Djiwo**  
vom 20. 9. d. J.: **371 „ Vorstenlanden D/Prapak**  
vom 29. 9. d. J.: **319 „ Bezoek DB/LTD**  
**1113 Packen**  
Aus diesen Partien offeriere ich vorzügliche **UMBLÄTTER** und **EINLAGEN** zu günstigen Preisen.  
**Heinrich Franck, Berlin N 54**  
Rohtabakhandlung Brunnenstrasse 22 Wickelformen in allen Fassons.